

„Vom Ziel 1 zur Nummer 1“ – Brandenburg, die Zukunftsregion in der Mitte Europas¹

Präambel	Ostdeutschland ist auf der Hälfte des Weges
1.	Brandenburg als Wirtschaftsstandort in Europa stärken
2.	Regionale Wirtschaftspolitik aktiv unterstützen
3.	Verkehrswege ausbauen
4.	Städte und Gemeinden erneuern
5.	Aktive Arbeitsmarktpolitik durch Wissen und Qualifikation

Präambel Ostdeutschland ist auf der Hälfte des Weges

Ziel unserer Politik ist, Brandenburg zu einem dynamischen Wirtschaftsstandort zu entwickeln, der auf seine Stärken vertraut und von externen Transfers unabhängig wird.

Kein anderes Bundesland verfügt über so unterschiedliche Rahmenbedingungen in den einzelnen Regionen wie Brandenburg.

Einerseits steht der engere Verflechtungsraum mit dem Ballungszentrum Berlin unter einem erheblichen Entwicklungsdruck; mit starkem Einwohnerzuwachs und steigender Wirtschaftskraft. Die äußeren Regionen Brandenburgs sind dagegen durch wenige alte industrielle Kerne und ansonsten durch eine vorwiegend ländliche Struktur, durch geringe Besiedlung, hohe Arbeitslosigkeit und erhöhtem Abwanderungsdruck gekennzeichnet.

Um für das gesamte Land Brandenburg den Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse zu verwirklichen, muss eine sozialdemokratische Wirtschafts- und Strukturpolitik diese regionalen Unterschiede berücksichtigen.. Aber wir wissen: In den peripheren Regionen des Landes wird das ehemalige Industrialisierungs- und Beschäftigungsniveau vergangener Epochen vorerst nicht mehr herstellbar sein.

Brandenburg ist trotz aller eigener Anstrengungen auf die solidarische Unterstützung aller Bundesländer angewiesen. Der Solidarpakt II muss die notwendigen Rahmenbedingungen für den Prozess der Angleichung in West und Ost schaffen - ein Prozess, der auch im Interesse der alten Bundesländer liegt.

Dies gilt insbesondere für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, den Stadtumbau sowie die kommunale Infrastruktur und die wissenschaftlicher Einrichtungen, nicht zu vergessen das soziale und kulturelle Umfeld.

Außerdem müssen wir erreichen, dass die Förderung durch die Europäische Union über das Jahr 2006 hinaus für die strukturschwachen Regionen Brandenburgs erhalten bleibt.

Brandenburg wird nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, seine Stärken zu bündeln und in Kooperation mit den anderen ostdeutschen Bundesländern die ostdeutschen Interessen zu vertreten. Dabei wissen wir, dass nur erfolgreiche Unternehmen in der Lage sind, auf Dauer sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden den Unternehmen und den Menschen im Land helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen.

In unserer Arbeit beginnt das neue Jahrtausend mit einem Jahrzehnt der neuen Brücken:

- Wir wollen Brücken bauen zwischen dem ländlichen Raum und den urbanen Zentren, zwischen dem Land Brandenburg und der Stadt Berlin.
- Wir wollen Brücken bauen zwischen Brandenburg und unseren osteuropäischen Nachbarn, insbesondere Polen.
- Wir wollen Brücken bauen zwischen unterschiedlichen Branchen und Unternehmen, zwischen

¹ Ziel 1 – Gebiete sind EU – Förderhöchstregionen

- Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistern sowie zwischen Old und New Economy.
- Wir wollen Brücken bauen aus der Arbeitslosigkeit in die selbstbestimmte Erwerbstätigkeit.
- Wir wollen Brücken bauen zwischen Berlin und Brandenburg mit dem Ziel einer Fusion. Um eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erreichen, ist ein konkreter Fahrplan zu erstellen.

Unser Anspruch muss auch unser Markenzeichen werden:

„Brandenburg ist ein weltoffenes und tolerantes Land - ein Land der Vielfalt - ein Land in der Mitte Europas !,,

1. Brandenburg als Wirtschaftsstandort in Europa stärken

Brandenburg und Berlin bilden eine Zukunftsregion in der größer werdenden Europäischen Union. Unser Ziel ist es, diesen Wirtschaftsstandort für den Wettbewerb der Regionen fit zu machen. Dazu bedarf es einer neuen Kultur der Selbständigkeit, die die Kreativität unternehmerischen Wirkens mobilisiert.

Die EU - Osterweiterung bietet der heimischen Wirtschaft eine Chance, wenn die Vorteile eines erweiterten Marktes genutzt werden. Aber die Menschen müssen Zeit finden können, um sich auf die neue Situation einzustellen.

Politik, Wirtschaft und Verwaltung sind aufgefordert ihre Zusammenarbeit zu verstärken und aufeinander zuzugehen, um die gemeinsame europäische Zukunft zu gestalten.

In diesem Prozess ist zu berücksichtigen, dass trotz der unbestreitbaren Wohlstandsgewinne für die EU insgesamt, einzelne Branchen, strukturschwache Regionen und Regionen entlang der Grenze zu den osteuropäischen Nachbarn einem verstärkten strukturellen Anpassungsdruck ausgesetzt sein werden.

Für uns in Brandenburg ist es deshalb besonders wichtig, die kleinen und mittleren Unternehmen schon in der Phase der Beitrittsvorbereitung zu unterstützen und für die neuen Herausforderungen vorzubereiten:

- Brandenburgische Unternehmen müssen die Chance des Prozesses erkennen, und verstärkt mit Unternehmen aus Beitrittsländern (insbes. aus Polen) kooperieren, in diesen Ländern Filialen gründen oder sich an bestehenden Firmen beteiligen. Auch die Menschen in der Grenzregion können durch mehr Kontakt und Begegnung, durch das Erlernen der jeweils anderen Sprache einen Beitrag zur Vorbereitung auf die Erweiterung leisten.
- Durch die Erhöhung der Investitionszulage in der Grenzregion hat die Bundesregierung eine Vorleistung zur Verbesserung der Attraktivität der Grenzregion erbracht. Grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen müssen durch Bund, Land und in Kooperation mit der polnischen Seite beschleunigt werden.
- Für eine Übergangszeit nach dem Beitritt der osteuropäischen Länder sind Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit notwendig. Die Bundesregierung hat 7 Jahre mit einer Revisionsmöglichkeit nach 5 Jahren vorgeschlagen. Diese Maßnahmen sollen aber nicht die Märkte abschotten und neue Grenzen errichten. Die Grenzregion wird nur prosperieren, wenn sie sich als ein Wirtschaftsstandort entwickelt. Das setzt die Freizügigkeit von Kapital, Waren und Personen voraus.

2. Regionale Wirtschaftspolitik aktiv unterstützen

Initiativen aus den wirtschaftlich schwächeren Regionen unseres Landes gilt unsere bevorzugte Förderung. Jede Region hat ihre Stärke, ihre Identität. Wir unterstützen die Regionen bei der Entwicklung ihrer individuellen Potentiale. Die Bildung von Netzwerken dient der Stabilisierung und Weiterentwicklung von Handwerks- und Gewerbebetrieben ebenso wie innovativen start - up Unternehmen.

Aber: Keine noch so intelligent gestaltete Förderkulisse kann letzten Endes Kompetenz und vor allem Engagement aus den Regionen ersetzen.

Unternehmen bevorzugen Regionen, in denen Fachkräfte zur Verfügung stehen oder ausgebildet werden können. Gerade in Anbetracht der rückläufigen Bevölkerungszahlen ist dabei die grundsätzlich schulische Ausbildung von enormer Bedeutung. Um dem Fachkräftemangel ab 2006 vorzubeugen, benötigen wir zum einen eine deutlich verbesserte Bildungspolitik und zum anderen Maßnahmen, die geeignet sind, den Wegzug junger Menschen aus Brandenburg zu stoppen. Dazu müssen wir ein angenehmes soziales Umfeld für jede Generation schaffen. Die Jugend Brandenburgs muss eine hohe Priorität erfahren, denn durch sie wird Brandenburg in Zukunft politisch, wirtschaftlich und kulturell geprägt

Wichtigste Säule der regionalen Wettbewerbsfähigkeit sind – neben einer qualifizierten Infrastruktur und einer leistungsfähigen Verwaltung – die privaten Unternehmen. In Brandenburg stehen wenigen Großunternehmen überdurchschnittlich viele kleine Unternehmen gegenüber.

Obwohl wir ausdrücklich Zukunftstechnologien und Zukunftsbranchen fördern, die überwiegende Zahl sind „normale,, Unternehmen in Handwerk, Handel und Dienstleistungen. Die Märkte der traditionellen Industrien sind aufgeteilt. Besonders kleine Unternehmen haben es schwer, sich in bestehenden Marktstrukturen zu etablieren.

Zu einer Region gehört aber nicht nur die „harte,, Infrastruktur aus Verkehrswegen und Gewerbe Parks. Wir wollen eine Region in ihrer Gesamtheit aus „harten,, und „weichen,, Standortfaktoren verstehen. Denn nur dort siedeln sich Unternehmen an und entstehen neue, wo wirtschaftliches und soziales Klima zueinander passen und Menschen daher zum Verbleiben in ihrer Region ermutigt werden.

Darauf muss eine moderne Wirtschaftspolitik reagieren:

- Wir dürfen unsere Anstrengungen nicht einseitig auf hochinnovative Unternehmen konzentrieren, sondern wir müssen alle Unternehmen ermutigen, durch innovative Strategien bestehende Chancen zu nutzen.
- Wir wollen die kleinen Unternehmen ermutigen, stärker miteinander zu kooperieren, um gemeinsam Märkte zu erschließen.
- Wir wollen Hochschulen und Unternehmen motivieren, stärker zusammenzuarbeiten, um innovative Produkte und Verfahren zu entwickeln.
- Wir wollen den Dialog Schule - Wirtschaft fördern, um frühzeitig die gegenseitigen Interessen sichtbar zu machen, zu bündeln und zu vernetzen.
- Wir wollen Anstöße geben, damit Unternehmen noch stärker als bisher die natürlichen Ressourcen einsetzen, um neue Verfahren und Produkte zu entwickeln.
- Wir wollen die Regionen unterstützen, damit sie ihre eigenen Stärken weiterentwickeln. Netzwerke helfen dabei, lernende Regionen zu etablieren.

Der Mittelstand, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen in Brandenburg und die Regionen mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft haben strukturelle Nachteile, die nur durch klare Prioritäten, durch Kooperation und durch das Arbeiten in Netzwerken beseitigt werden können.

Funktionierende Netzwerke in Branchen und Regionen anzuregen – das ist eine Schlüsselaufgabe einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre.

Eine verstärkte Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen von Netzwerken kann endogene Potentiale aufschließen, die sonst nicht zum Tragen gekommen wären. Auf den Erfahrungen des Bundesprogramms InnoRegio kann aufgebaut werden. So ist z.B. im Süden Brandenburgs der Netzwerkverbund InnoLausitz entstanden, der zahlreiche regionale Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik umfasst. Dieses Beispiel zeigt wie wichtig es ist, dass sich die Wirtschaftspolitik verstärkt als Initiator von Netzwerken profilieren muss.

In diesem Zusammenhang müssen Brandenburger Unternehmen ermutigt werden, die Möglichkeiten des Internets erheblich mehr zu nutzen als bisher. Einerseits können in einem dünnbesiedelten Flächenland wie Brandenburg durch die Nutzung moderner Medien die strukturellen Nachteile gemildert oder sogar aufgehoben werden. Andererseits kann die Kooperation vieler kleiner Unternehmen im Rahmen einer gemeinsamen Dachmarke mit einem gemeinsamen Marktauftritt zu einer erfolgreichen Unternehmensstrategie erwachsen.

3. Wissenschaft als Schrittmacher für Brandenburgs Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung

Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik sind gleichrangige Bestandteile einer modernen Infrastrukturpolitik. Eine an den Zukunftsbedürfnissen ausgerichtete Wirtschaftspolitik wird nur erfolgreich sein können, wenn sie auf den Auf- und Ausbau von leistungsfähigen Hochschulen und Forschungsinstituten gestützt wird. Wissenschaftseinrichtungen verbessern die Standortposition Brandenburgs. Sie bieten mit ihren Ausbildungsangeboten sowie den Forschungs- und Entwicklungskapazitäten ein geeignetes Umfeld für die Ansiedlung neuer Unternehmen und den Ausbau der vorhandenen Betriebe. Absolventen der Hochschulen finden in der Wirtschaft des Landes Beschäftigungsmöglichkeiten oder können als Neugründer von Unternehmen einen Beitrag zum Wirtschaftsaufbau leisten. Die Kooperation zwischen Betrieben und Wissenschaftseinrichtungen fördert die Innovation und die Wettbewerbsfähigkeit. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind häufig selbst ein wichtiger Faktor in der regionalen Wirtschaft und für den regionalen Arbeitsmarkt. Sie stellen kulturelle Angebote zur Verfügung und erhöhen damit die Attraktivität der Region. Viele deutsche Regionen, in Ostdeutschland z.B. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen, werben deshalb etwa im Rahmen von Ansiedlungskampagnen mit der Qualität und dem Profil ihrer Hochschulen und ihrer Forschungsinstitute. Zum internationalen Austausch und zur Begegnung leisten die Wissenschaftseinrichtungen einen unverzichtbaren Beitrag, was in Brandenburg nicht nur am Beispiel der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt(Oder) deutlich wird, an der, in Deutschland bislang unübertroffen, etwa 40 % der Studierenden Ausländer sind. Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen damit gegen Fremdenfeindlichkeit und für das Leitbild eines weltoffenen, auch für Einwanderer, Unternehmen oder Touristen attraktiven Brandenburgs.

4. Verkehrswege ausbauen

Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hat die qualitative Verbesserung der Fernverkehrsstrecken auf Straße, Schiene und Wasserstraße, die Erschließung der peripheren Räume sowie die Optimierung der innerörtlichen Verkehre unter besonderer Berücksichtigung des Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zum Ziel.

Damit wird auch die Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb des Landes erhöht und ein Beitrag zum Arbeitsmarktausgleich geleistet, in dem Pendler aus den äußeren Regionen im engeren Verflechtungsraum einen Arbeitsplatz finden.

Brandenburg trägt - als klassisches Transitland - erheblichen Anteil an den wachsenden Verkehrsaufkommen nach und aus Osteuropa. Gerade die Verkehrswege nach Polen sind auszubauen und zu beschleunigen. Insbesondere das Angebot auf der Schiene ist bislang mangelhaft.

Gleichzeitig kommt der Region Brandenburg - Berlin die Funktion der Drehscheibe für Menschen und Güter zu, die mit dem Ausbau des Flughafens Berlin - Brandenburg International unterstrichen wird. Wir wollen die Verknüpfung der Regionen und Zentren durch ein leistungsfähiges Schienennetz und

sichere Straßen, und wollen die Entlastung der Menschen und Kommunen durch Ortsumgehungen sowie verstärkte Sanierung der Ortsdurchfahrten.

Das Land hat in den vergangenen 10 Jahren eine rasante Entwicklung des Motorisierungsgrades der Bevölkerung erlebt.

Das Sonderprogramm „Südostbrandenburg“ und des Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sind als Chance zu nutzen, um den Rückstand Brandenburgs beim Ausbaugrad der Verkehrsinfrastruktur aufzuholen.

Wir wollen optimale Verknüpfungspunkte für den Güterverkehr schaffen bzw. ausbauen. Das Konzept der Güterverkehrszentren hat sich dabei als richtig erwiesen und gilt weiter zu entwickeln. In Vorbereitung der EU-Osterweiterung sind weitere Brücken über Oder und Neiße dringend notwendig.

Wir werden weiterhin den ÖPNV/SPNV im Land Brandenburg als einen wesentlichen Beitrag zur ausgeglichenen Entwicklung der Regionen unterstützen.

Die Inanspruchnahme der Angebote des SPNV hat sich dabei im Zeitraum 1993-2000 verdoppelt. An diesen Erfolg gilt es mit der weiteren Verbesserung des SPNV - Angebotes anzuknüpfen. Die Attraktivität des SPNV ist insbesondere durch verstärkte Investitionen in Schiene und Bahnhofsbereiche zu erhöhen.

Ein wesentlicher Bestandteil zur Förderung einer gemeinsamen Region Berlin - Brandenburg ist nunmehr die endgültige Wiederherstellung des S-Bahnnetzes in Berlin einschließlich des Lückenschlusses nach Brandenburg.

Der Einsatz öffentlicher Mittel ist in dem Maße vertretbar, wie der volkswirtschaftliche Nutzen dies rechtfertigt und die verkehrliche Situation es erfordert.

Es sollten öffentlich geförderte Leistungen im Verkehr grundsätzlich zu den geringsten Kosten für die Allgemeinheit vergeben werden. Wenn nach diesem Prinzip verfahren wird, werden Ausschreibungen im ÖPNV/SPNV zukünftig die Regel sein.

Verstärkte Aufmerksamkeit ist dabei auch der Optimierung der Organisation der Schienenverkehrsinfrastruktur zu schenken.

5. Städte und Gemeinden erneuern

Die behutsame Erneuerung, die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Revitalisierung unserer Kommunen trägt wesentlich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse bei.

Die Sanierung maroder Bausubstanz muss mit der geeigneten Nutzung einhergehen, denn wir wollen lebendige Städte und Gemeinden.

Wir wollen, dass die Sprache des angrenzenden Staates unseren Schulen als Wahl- bzw. Wahlpflichtfach angeboten wird.

Eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre wird der Stadtumbau sein. Dazu zählt die Wohnumfeldverbesserung ebenso wie der organische Rückbau dauerhaft leerstehender Wohnungsbestände. Der gezielte Abriss bietet gleichzeitig die Chance, Wohnquartiere zu stabilisieren und Freiflächen mit einer neuen Funktion zu versehen. Die Entstehung von Wohngebieten mit deutlicher Konzentration sozial schwacher Haushalte ist möglichst zu vermeiden.

Die Städte und Gemeinden brauchen zusätzliche Impulse.

Die meisten ostdeutschen Kommunen haben keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr. Deshalb brauchen wir ein – im wesentlichen von Bund und Ländern getragenes – kommunales Infrastrukturprogramm:

- Für Ostdeutschland ist die Lösung des Problems eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die durch gezielte Investitionen eine Infrastruktur schafft, in der sich neue Unternehmen ansiedeln wollen und bestehende Aufträge erhalten und dadurch Arbeitsplätze schaffen und sichern. Die Kommunen wissen selbst am besten, welche Maßnahmen in ihren Amtsbereich geschaffen werden müssen, dazu benötigen sie die starke finanzielle Unterstützung von Bund und Land. Die von uns gewünschte Angleichung der Lebensverhältnisse an das Niveau der westdeutschen Bundesländer kann nur über eine gleichzeitige Absenkung der Arbeitslosigkeit auf das Westniveau erfolgen. Um dieses Ziel zu erreichen sind verschiedene Maßnahmen in unterschiedlichen Zeiträumen erforderlich. Man muss kurzfristig andere Mittel ergreifen. Der hohen Arbeitslosigkeit ist kurzfristig nur zu begegnen, indem der Staat sich im Non-Profit Bereich massiv engagiert.
Ziel muss es sein, dass die Kommunen auf regionaler Ebene durch die Vergabe zusätzlicher Aufträge und die Finanzierung zusätzlicher Projekte sowohl ihre Infrastruktur im wirtschaftlichen und sozialen Bereich verbessern als auch unmittelbar zusätzlich Arbeitsplätze für Zielgruppen der Arbeitsförderung schaffen können.
Im Rahmen eines Modellprojektes sollten in Brandenburg Kommunen in die Lage versetzt werden, Wirtschaftsunternehmen, Freien Träger o.a. projektorientierte Zuschüsse zu den Kosten für Arbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur gewähren zu können, wenn dabei vom Arbeitsamt vermittelte Arbeitnehmerinnen eingestellt werden. Voraussetzung für die Förderung ist, dass diese Arbeiten regional- oder strukturpolitisch sinnvoll sind.
- Der soziale Mietwohnungsneubau wird weiterhin entsprechend dem regionalen Bedarf gefördert.
- Wir wollen zusätzliche Aufträge zum Ausbau und zur Pflege kommunaler Infrastruktur sowohl im wirtschaftsnahen wie auch in den Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge.
- Wir wollen eine problem- und ortsnahe dezentrale Steuerung durch die Kommunen.
- Wir wollen die Regionen unterstützen, Infrastrukturförderung mit Arbeitsmarktförderung zu verknüpfen. Dazu gehört für uns die Integration von Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitslosen.
- Wir wollen mehrjähriges Förderprogramm. Durch dieses Infrastrukturprogramm die regionalen Standortbedingungen optimiert, öffentliche Einrichtungen saniert und eine über den Mitteleinsatz hinausgehende Wertschöpfung erreicht.
- Die Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, die von zunehmenden Wohnungsleerstand betroffenen Städte und Gemeinden bzw. die dort agierenden kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Bewältigung dieses Problems aktiv zu unterstützen.

Stadtentwicklung wird in den kommenden Jahren als Stadtumbau zu verstehen und zu gestalten sein. Unter Stadtumbau verstehen wir sowohl den Abriss von leerstehenden Wohnraum als auch die qualifizierte Aufwertung des Baubestandes, die sinnvolle Integration von Neubaumaßnahmen in die bestehenden Strukturen und die Beschaffung lebenswerter Innenstädte.

Deshalb wollen wir eine – von Bund und Land hälftig getragene – Umbauförderung für die Wohnungsunternehmen, die ihre dauerhaft leerstehenden Bestände reduzieren müssen.

Damit nehmen wir die Empfehlung der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel“, auf.

6. Aktive Arbeitsmarktpolitik durch Wissen und Qualifikation

Die Veränderung der demografischen Struktur in Ostdeutschland wird schon in wenigen Jahren zu einem noch deutlicheren Mangel an qualifizierten Arbeitskräften führen. Viele Unternehmen erkennen noch nicht, dass sie sich auf den Wettbewerb um Auszubildende und

qualifizierte Arbeitskräfte vorbereiten müssen.

Wenn Arbeitskräfte in den strukturprägenden und in den Zukunftsbranchen fehlen, steht die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Regionen auf dem Spiel:

- Wir erwarten, dass der Staat auch weiterhin seine Verantwortung für die Qualifizierung der Menschen in den Schulen und Hochschulen sowie in der allgemeinen Weiterbildung übernimmt.
- Wir wollen, dass die Unternehmen ihre Verantwortung für die Ausbildung und berufliche Weiterbildung wahrnehmen.
- Wir erwarten, dass der Staat die Unternehmen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung unterstützt.
- Wir wollen, dass auch weiterhin jedem Jugendlichen, der einen Ausbildungsplatz sucht, im Land Brandenburg eine Ausbildung mit einem anerkannten Abschluss angeboten wird.
- Wir wollen, dass in allen Stufen des bestehenden Bildungssystems Schlüsselqualifikationen vermittelt sowie darüber hinaus neue Berufsbilder und Bildungswege ermöglicht werden.
- Wir setzen uns für eine engere Verzahnung von Schule, Berufsbildung und Wirtschaft ein. Schulabgänger sollen besser als bislang darüber informiert werden, welche Berufe auf dem Ausbildungsmarkt angeboten werden und wo sie die gewünschte Ausbildung in Brandenburg erhalten können. Diese wichtige Aufgabe sollen Schulen, Berufsinformationszentren der Arbeitsämter und regional ansässige Vereine künftig effektiver wahrnehmen. Wir unterstützen das landesweite „Netzwerk Zukunft: Schule und Wirtschaft in Brandenburg“, für Bildung, Ausbildung und Qualifikation, in dem Wirtschaft und Bildungsträger, öffentliche Hand und Verbände zusammenarbeiten.
- Wir wollen das Klima für Existenzgründungen und für die berufliche Selbständigkeit verbessern.
- Die Vielfalt der angebotenen Ausbildungsgänge ist groß und für Eltern und Schüler nicht mehr ohne professionelle Beratungsinstitutionen zu bewältigen. Im Rahmen der Orientierungshilfen für junge Menschen werden heute schon und noch stärker in der Zukunft neue Aufgaben auf die Berufsschulen, Arbeitsämter und Schulen zukommen. Wir werden uns dafür einsetzen Kompetenzzentren in regionalen Berufsbildungsnetzwerken zu bilden und die Rolle und den Beitrag der beruflichen Schulen dabei verstärkt betonen und ausbauen

Auch in den nächsten Jahren werden wir ein hohes Niveau der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen sichern müssen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik nutzt den Menschen und sichert die soziale Stabilität ganzer Regionen. Integrierte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen dienen dem Aufbau regionaler Netzwerke ohne der lokalen Wirtschaft zu schaden.

Zugleich wollen wir alle Formen prekärer und illegaler Beschäftigung, die das Funktionieren des Arbeitsmarktes beeinträchtigen, zurückdrängen. Hierzu wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Sozialpartnern und Bundes- wie Landesbehörden in der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung stärken.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen durch ein Defizit an Arbeitsplätzen verursacht. Wir müssen daher auch ein Klima für Arbeitsumverteilung schaffen. Ein Einstieg hierzu ist der Abbau von Überstunden: wo immer möglich, sollen Neueinstellungen gegenüber Überstunden vorgezogen werden. Hierbei wollen wir insbesondere durch Qualifizierung der Arbeitnehmer unterstützen.

Für definierte Zielgruppen (wie Frauen, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Geringqualifizierte und arbeitslose Sozialhilfeempfänger) müssen zugeschnittene Programme aufgelegt werden. Hierzu ist auf eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Sozial- und Jugendämtern hinzuwirken und die Arbeitsvermittlung zu verbessern.

Zur Förderung von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen Regionen sind neue Wege zu entwickeln. Besondere Anstrengungen wollen wir unternehmen, um den Arbeitslosen in den Grenzregionen neue Chancen in der Erwerbstätigkeit zu erschließen. Dies auch mit Blick auf die Ängste, die dort aufgrund der EU - Osterweiterung bestehen.

Weiterbildung und berufliche Neuprofilierung müssen zu einem Indiz für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort entwickelt werden. Wir wollen die Menschen in die Lage versetzen, ihre Verantwortung für lebensbegleitendes Lernen wahrzunehmen. Dabei stehen Orientierungshilfen und Beratungen im Mittelpunkt. Es muss um die fließende Gestaltung der Übergänge innerhalb der Erwerbs- und Weiterbildungsbiographie gehen. Hier kann und muss Politik die entscheidenden Voraussetzungen schaffen. Mit einer effizienten und an den regionalen Bedingungen angelehnten Beratung können bestehende Potenziale von Angebots- als auch Nachfrageseite aufeinander zugeführt werden.

Im Rahmen des von der Bundesregierung bereitgestellten JumP-Programms sind hier schon erste Erfolge zu verzeichnen. Diese können noch ausgebaut werden, denn in Ostdeutschland ist die Lage der „Benachteiligtengruppen“ nicht nur auf die fehlende Qualifizierung zurückzuführen. Die Heranführung Jugendlicher an den ersten Arbeitsmarkt ist in Regionen in denen er keine Anknüpfungsstellen bietet kaum möglich. Gleichzeitig gibt es viele Bereiche die von Unternehmen nicht wahrgenommen werden, aber zur Verbesserung des gesellschaftlichen Wohls und des Umfelds unabdingbar sind. Diese beiden Faktoren sollte man nach dem französischen Modell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zusammen führen und in der Neuauflage des JumP-Programms den Inhalt um eine zweite Säule ergänzen. So könnten über einen Zeitraum von 5 Jahren 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Umfeld öffentlicher Dienstleistungen finanziert werden.

Es bleibt unser Ziel, Brücken in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu bauen, der unbestritten im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen muß.